



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Norbert Dünkler, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Martin Stock** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/9853

Starke Kommunen – starkes Bayern – starke Heimat!

Der Landtag stellt fest, dass die Städte, Märkte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke das Fundament des Freistaates bilden. Leistungsfähige Kommunen sind Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse, für gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie für wirtschaftliche Stärke und Heimat vor Ort.

Der Landtag stellt weiter fest, dass der Freistaat seine Kommunen in herausragender Weise unterstützt. Mit einem kommunalen Finanzausgleich weit über Vorjahresniveau, durch Verbundsatzerhöhung gestärkten Schlüsselzuweisungen und mit zusätzlichen Milliardenmitteln aus dem Sondervermögen des Bundes sorgt Bayern für Verlässlichkeit, Planungssicherheit und Investitionsfähigkeit der kommunalen Ebene.

Der Landtag betont, dass Bayerns Kommunen bundesweit zu den leistungsfähigsten gehören und weiterhin erhebliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Betreuung, Sicherheit, Kultur und Daseinsvorsorge tätigen. Diese Stärke ist Ausdruck einer verantwortungsvollen Finanzpolitik des Freistaates und einer engen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen.

Der Landtag sieht mit Sorge, dass die kommunale Ebene zunehmend durch zusätzliche Aufgaben und Standards belastet wird, die auf Bundesebene beschlossen werden, ohne dass der Bund dafür dauerhaft die notwendigen Finanzmittel bereitstellt. Diese Entwicklung schränkt kommunale Gestaltungsspielräume ein und gefährdet die nachhaltige Handlungsfähigkeit vor Ort.

Der Landtag bekräftigt, dass eine starke kommunale Selbstverwaltung ein Kernbestandteil der bayerischen Staatsordnung ist und nicht durch eine fortschreitende Aufgabenverlagerung ohne ausreichende finanzielle Ausstattung ausgehöhlt werden darf.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- auch weiterhin mit Nachdruck für eine dauerhaft auskömmliche finanzielle Ausstattung der bayerischen Kommunen einzutreten und den kommunalen Finanzausgleich weiterzuentwickeln,
- sich auf Bundesebene weiter entschieden dafür einzusetzen, dass neue Aufgaben, Standards und Programme nur dann eingeführt werden, wenn deren Finanzierung vollständig und dauerhaft gesichert ist,
- die kommunale Ebene im Rahmen ihrer Möglichkeiten vor zusätzlichen finanziellen Belastungen aus bundespolitischen Entscheidungen zu schützen und bestehende Belastungen kritisch zu überprüfen,
- weiterhin eine starke kommunale Selbstverwaltung sicherzustellen und den Kommunen größtmögliche Gestaltungsfreiheit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu erhalten.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident